

Antrag

der Abgeordneten Frau Eid, Frau Beer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Änderung des Untersuchungsauftrages des 1. Untersuchungsausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Untersuchungsauftrag für den 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode (Drucksache 11/50, Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses durch das Plenum des Deutschen Bundestages am 2. April 1988) wird wie folgt abgeändert:

- I. In welcher Weise haben sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes mit der beabsichtigten Lieferung von Unterseebooten oder Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika befaßt?
- II. Unter welchen Umständen ist die Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland (insbesondere die Howaldtswerke Deutsche Werft AG, HDW, Kiel und das Ingenieurkontor Lübeck, IKL) an die Republik Südafrika zustande gekommen und erfolgt?

Sind neben Konstruktionsunterlagen auch Teile von Unterseebooten geliefert worden, und welche Unternehmen oder Staaten waren an diesen Geschäften beteiligt?
- III. Was haben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes getan oder unterlassen, um die Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Unterseebootsbau an die Republik Südafrika rechtzeitig zu verhindern?
- IV. Was haben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und/oder andere Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeiter von Bundesministerien oder anderen staatlichen Stellen des Bundes getan oder unterlassen, um nach der Lieferung den Sachverhalt unverzüglich und vollständig aufzuklären und den Schaden

für die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu begrenzen?

Bonn, den 30. September 1988

Frau Eid

Frau Beer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Im Verlauf der Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses hat sich herausgestellt, daß der seinerzeit zugrunde gelegte Wortlaut des Untersuchungsauftrages einige Mängel aufweist. Diese Mängel würden durch die Annahme des vorgelegten Änderungsantrages vollständig beseitigt, ohne daß eine Neubestimmung oder Ausweitung des ursprünglichen Untersuchungsauftrages vorgenommen würde.